

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

5. Februar 1926

Berlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstagszeit 9-5 Uhr

Berleger: Dorwärts-Berlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Die Verschwörung.

Die Fememörder, ihre Begünstiger und ihre Helfer.

Es gibt ein System der Fememorde. Es gibt ein System der Vertuschung der Fememorde, das weiteste Kreise zieht. Es ist eine Verschwörung. Die Verschwörung reicht bis in den Justizapparat hinein. Diese Verschwörung ist verbrecherisch. Sie bedroht das Staatsinteresse.

Es sind Justizkreise an der Verschwörung beteiligt. Diese Beteiligung ist Mißbrauch der Amtsgewalt. Sie gehört vor den Strafrichter. Wir fragen die preussische Justizverwaltung, was sie zu tun gedenkt, um im Interesse des Staats und des Rechts die Verschwörung aufzudecken und zu zerstören?

Das Bild, das sich nach dem Berliner Fememordprozeß ergibt, ist das folgende: es hat eine Schwarze Reichswehr existiert. Diese geheime militärische Organisation stand in enger Verbindung mit der Reichswehr. Zum Schutze des Geheimnisses sind Verräter und Verdächtige auf Befehl ermordet worden. Als die Verbrechen ruckbar wurden, hat die Kriminalpolizei eingegriffen. Sie hat unmittelbar Schuldige dem Richter zugeführt. Das Gericht hat gegen sie unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt — trotz des Verlangens von Reichs- und Staatsregierung nach Öffentlichkeit. Für die Angeklagten hat sich eine unbekannte Stelle interessiert. Sie hat Geld für die Verteidigung gegeben. Sie hat nationalistische Verteidiger befragt — gegen den Willen von Angeklagten. Sie hat Verteidiger verdrängt, von denen sie annahm, daß sie den Zusammenhängen zur Leitung der Verschwörung nachspüren würden. Der Staatsanwalt, dem sich ein Belastungszeuge gegen einen Angeklagten anbietet, der des Befehls zum Mord verdächtig ist, weist den Belastungszeugen ab mit der klassischen Frage: Warum wollen Sie den Mann belasten? Dieser Staatsanwalt hat sich der Begünstigung schuldig gemacht. Das Gericht vermeidet, den Zusammenhängen nachzugehen. Das Gericht hat der Vertuschung und Verdunkelung Vorlauf geleistet.

Weitere Einzelheiten werden bekannt. Der eine der Fememörder, der als nicht ganz zuverlässig gilt, wird angehoben. Er erhält Drohbriefe. Die Drohbriefe sind aus den Akten des Amtsgerichts Soldin verschwinden. Ein Angeklagter wendet sich an einen Verteidiger. Der Brief braucht aus dem Untersuchungsgefängnis bis zum Verteidiger zehn Tage. In der Zwischenzeit kann die unbekannte Stelle einen von ihr bezahlten Verteidiger vorschreiben.

Eine Verschwörung arbeitet. Sie will das System verbergen. Sie will die wahrhaft Schuldigen dem Richter entziehen. Sie will verdunkeln. Angesichts dieser Sachlage zieht ein Gericht den Schleier strengsten Geheimnisses über seine Verhandlung!

Man rede! nicht von höherem Interesse, von Schutz des Staatsinteresses! Das System, das verdunkelt werden soll, steht im Widerspruch zu der amtlichen Politik der Reichsregierung. Die Justiz, die sich um seine Verdunkelung bemüht, arbeitet gegen die Friedenspolitik der Regierung, gegen ihr Ansehen. Sie treibt Politik gegen die Reichspolitik. Sie fügt sich ein in ein System, das einen Staat im Staate bilden wird, wenn es geduldet wird. Einen Staat der Revanchepolitik, des Spiels mit Geheimorganisationen, die als Mittel der Revanchepolitik gedacht werden. Diese Geheimorganisationen sind in früheren Jahren mit dem Landesverratsparagrafen gegen Aufdeckung geschützt worden. Eine Regierung, die diese Methoden der Justiz heute noch gestatten würde, würde sich der Unehrlichkeit und Doppeltzungigkeit verdächtig machen. Das Staatsinteresse duldet nicht, daß die Justiz Politik auf eigene Faust im Geiste der Revanchepolitik macht. Das Staatsinteresse erfordert die Verflöschung dieser Verschwörung, die zu einem Staat im Staate zu werden droht und auf Verbrechen aufgebaut ist.

Das System der Verschwörung, der Verdunkelung, der Schwarzen Reichswehr, der Fememorde ist unvereinbar mit dem demokratischen Staat. Es richtet sich gegen das Wesen des demokratischen Staates, das Öffentlichkeit und Ehrlichkeit erfordert. Die Verschwörung bedroht das Staatsinteresse, sie bedroht die Rechtssicherheit. Sie zieht andere Verschwörungen nach sich. Neben die Fememorde in der Schwarzen Reichswehr treten die Fememorde in völkischen Kreisen. Man erinnert sich des Grüte-Lehder-Prozesses. Jetzt wird bekannt, daß ein Ermittlungsverfahren wegen Anstiftung zum Mord gegen den Reichstagsabgeordneten Wulle eingeleitet ist. Soll Herr Wulle auch von der Verschwörung gedeckt werden?

Es ist ein System! Die Öffentlichkeit hat kein Vertrauen mehr, daß die Justiz ihre Schuldigkeit gegen dies System tut. Die Politik des Vertuschens und Verschweigens ist ein ungeheuerlicher Skandal. Jetzt ist es an der Reichsregierung und an der preussischen Staatsregierung, dem Skandal ein Ende zu machen, und mit harter Hand einzugreifen.

Ist der Reichsjustizminister bereit, der Öffentlichkeit das gesamte Material über den Berliner Fememordprozeß zu unterbreiten, nachdem das Gericht gegen den Willen der Reichsregierung die Verhandlung unter strengstem Ausschluß

der Öffentlichkeit geführt hat? Das Reichsjustizministerium ist im Besitze des gesamten Materials.

Ist das preussische Justizministerium bereit, die Anschuldigungen gegen Justizbeamte zu verfolgen, die im Zusammenhang mit dem Berliner Fememordprozeß erhoben worden sind? Ist es bereit, dafür zu sorgen, daß die Berliner Methoden der Vertuschung in kommenden Fememordprozessen nicht angewandt werden?

Eine Parallele drängt sich auf: in Sachsen wird ein Staatsanwalt wegen Begünstigung angeklagt und prozessiert, weil er nicht Anklage gegen einen Redakteur erhoben hat, der einen General in der Presse beleidigt haben soll. In Berlin darf ein Staatsanwalt einen sich anbietenden Belastungszeugen gegen einen der Anstiftung zum Mord Beschuldigten abweisen mit der Frage: „Warum wollen Sie den Mann belasten?“ — und gegen diesen Staatsanwalt wird kein Verfahren eingeleitet. Was gedenkt die preussische Justizverwaltung zu tun?

Der Schweriner Fememordprozeß hat tiefe Beunruhigung in die Öffentlichkeit getragen. Trotz aller Dunkelstimmigkeit hat er genug erkennen lassen, daß sich die Öffentlichkeit des Verdachts bemächtigt hat: es ist ein System, das die Belastungszeuge des Fememords auf Schafott liefert, die Auftragsgeber aber und die moralisch Schuldigen schont. Der Berliner Fememordprozeß hat diesen Eindruck verstärkt, und heute sagen wir: es ist nicht nur ein System, es ist eine Verschwörung!

Die Justiz versagt. Staatsinteresse und Rechtssicherheit sind bedroht. Was gedenken die Regierungen zu tun?

Die Rolle der Verteidiger.

Die nächsten Verwandten der im Fememordprozeß zum Tode Verurteilten teilen mit, daß die Verteidiger den Angeklagten aufgedrängt worden seien. Sie hätten aus einer unbekanntem Quelle jeder 500 R. erhalten. Der Angeklagte Wiskamp wollte sich durch Rechtsanwalt Themat verteidigen lassen, der sich im Grüte-Lehder-Prozeß um die Aufdeckung der Beziehungen zu den Hintermännern bemühte. Darauf ereignete sich folgendes, was Dr. Themat in einem Briefe an die „Vossische Zeitung“ mitteilt:

„Mitte Januar hat tatsächlich Wiskamp an mich geschrieben und um meinen Beistand gebeten. Der Brief ging zehn Tage vom Untersuchungsgefängnis bis zu mir. Als ich Wiskamp aufsuchte, erfuhr ich, daß unterdessen Rechtsanwalt Dr. Saak dort gewesen sei und ihm eine Verteidigung angeboten habe. Als Wiskamp erklärte, er habe sich bereits an mich gewandt, erwiderte Dr. Saak, daß das ganz gleichgültig sei; er wolle ihm einen anderen Verteidiger verschaffen. Wiskamp fragte: „Und wie ist es mit der Bezahlung?“ Worauf Dr. Saak antwortete: „Das braucht Sie nicht zu interessieren, die Sache ist bereits geregelt“ ...

Es war Rechtsanwalt Dr. Saak, der den Ausschluß der Öffentlichkeit im Prozeß beantragte und dessen Antrag das Gericht folgte.

Aus den Akten verschwunden.

Bezeichnend für die Mittel, mit denen die Feme arbeitet, ist die Tatsache, daß auf den inzwischen verurteilten Wiskamp, den seine Genossen für einen unzuverlässigen Mitwisser hielten, bereits im Dezember 1923 ein Mordversuch gemacht worden ist. Wiskamp war damals Forstschutzbeamter in Kraazen (Kreis Soldin). Da er mehrere Drohbrieve erhielt, wandte er sich in seiner Angst an den Gemeindevorsteher Hachtmann in Kraazen, legte ihm die Briefe vor und ließ ein Protokoll aufnehmen. Einige Wochen später wurde, als er sich auf einem Dienstwege befand, ein Anschlag auf ihn verübt. Aus dem Hinterhalt wurden mehrere Schüsse auf ihn abgegeben, von denen ihn einer in den Arm traf. Die Täter entliefen. Merkwürdigerweise sind die Drohbrieve, die an das Amtsgericht Soldin weitergereicht worden waren, aus den Akten verschwunden.

Um den Vorgesetzten gerecht zu werden ...

In einem Briefe, den der zum Tode verurteilte Stein am Tage vor der Verhandlung an seine Frau geschrieben hat, heißt es:

„Es wird sich ja herausstellen, wer die ganzen Fememorde angestiftet hat. Denn wir waren nur bestimmte Ausführer. Hätten wir es nicht getan, dann wären wir schließlich auch nicht mehr unter den Lebenden. Ich kann Dir mitteilen, daß ich unter dem äußersten Zwange gehandelt habe. Du wirst ja selbst bei der Verhandlung zugegen sein und wirst es erfahren, wie ich alles zugezogen hat. Habe Mut, mein liebes Frauchen, ich bin kein Verbrecher und zähle mich auch nicht zu denen. Nach dem Strafgesetzbuch bin ich einer. Was ich getan habe, ist nicht zu meinem Ruhm geschehen, auch nicht zu meinem Vorteil, nur um meinen Vorgesetzten gerecht zu werden. Unser Vater im Himmel weiß, wer die größeren Schuldigen sind, und er wird demnach auch sein Gericht halten.“

Ein Ermittlungsverfahren gegen Wulle.

Gegen den Landtagsabgeordneten Wulle und mehrere Mitglieder der deutschnationalen Parteileitung schwebt ein Ermittlungsverfahren wegen der Beschuldigung der Anstiftung und Begünstigung zum Mord, die im Grüte-Lehder-Prozeß gegen sie erhoben wurde.

Bloch und Goebel.

Die erfundene Erpressung.

Die Rechtspresse fährt fort, von dem „Kronzeugen“ Goebel und seinem „Erpressungsversuch“ beim Rechtsanwalt Bloch zu sprechen. Das ist ein ganz übles Ablenkungsmanöver. „Kronzeuge“ Goebel ist von dem Bombe-Bericht überhaupt nicht vernommen worden. Der Mann ist ein ehemaliger Student, der durch den Krieg zur Unterbrechung seiner Studien gezwungen wurde und im Felde durch Verschüttung eine Nervenerkrankung erlitt, die sich noch heute in schweren Gesichtszugungen äußert.

Diesen Kriegsoverlegten, der im „Bataillon Senden“ für würdig befunden wurde, Bataillonschreiber zu spielen, will die dem Anwalt Bloch gefügige Presse jetzt als ein feiltes Subjekt hinstellen, dem keine Glaubwürdigkeit beizumessen sei. Warum? Weil Goebel über die Ermordung des Feldwebels Wilms und über die Beteiligung des Oberleutnants v. Senden bei der Polizei — und zwar schon im November — Angaben gemacht hat, die für die Verteidiger des S.-A.-Kommandanten sehr peinlich sein müssen. Deswegen will man Goebel unglaubwürdig machen, indem man ihm Erpressung nachredet. In Wirklichkeit — so haben Goebel und Schyrra bei ihrer Vernehmung angegeben — habe Rechtsanwalt Bloch ihn geradezu gedrängt, eine Summe zu nennen, die er brauche. Und erst nach langem Widerstreben habe er sich bereitgefunden, 200 R. zu sagen. Als aber dann auch noch eine eidesstattliche Versicherung gefordert wurde, daß Goebel über seine Kenntnis schweigen werde, hat Goebel sich entschieden geweigert. Dann hat Bloch die Verhaftung eingeleitet, nachdem er Goebel und Schyrra noch einmal zu sich bestellt hatte. Goebel ist aber nicht zum zweitenmal gekommen, konnte also auch nicht bei dem zweiten Besuch höhere Forderungen stellen, wie die dienstwillige Hagenberg-Presse meldet. Vielmehr wurde Goebel in einer Wirtschafft in der Laubenstraße festgenommen. Die Tatsache, daß sowohl er als sein Freund Schyrra, der sich um einen Landowienhalt Goebels bemühte, noch am gleichen Abend freigelassen wurden, sagt deutlich, was von dem „Erpresser“ mächlich zu halten ist.

Es handelt sich offensichtlich um einen der bösesten Verdunkelungsversuche, zu dem sich gewisse Rechtsblätter wieder einmal hergeben!

Der Thüringer Justizskandal.

Die Beeinflussung durch die „Ordnungsregierung“ gerichtsnotorisch.

Jena, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem gemeinsamen thüringischen Schöffengericht in Jena wurde am Donnerstag der Beleidigungsprozeß der thüringischen Regierung gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Jenaer Parteiblattes verhandelt. Der Genosse Deuberg war angeklagt, im Anschluß an den Loebprozeß durch verschiedene Artikel, die sich mit dem Justizskandal in Thüringen beschäftigten, die thüringische Regierung insgesamt und den thüringischen Justizminister für sich beleidigt zu haben. Nach mehr als zwölfstündiger Verhandlung, die ein geradezu erschütterndes Bild von den Verhältnissen in der Weimarer Staatsanwaltschaft entrollte, verurteilte das Schöffengericht abends gegen 11 Uhr folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Beleidigung zu 750 R. Geldstrafe oder zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde die Publikationsbefugnis beschlagnahmt.

Die Urteilsbegründung nahm ausführlich zu den Ergebnissen der Beweisaufnahme Stellung, und erklärte, daß zweifellos gewisse Beeinflussungen der Staatsanwaltschaft durch nichtzuständige thüringische Regierungsorgane vorgekommen seien, daß insbesondere der thüringische Finanzminister an dem Strafverfahren gegen den ehemaligen Staatsbankpräsidenten Loeb ein besonders auffälliges Interesse an den Tag gelegt habe.

Aber der Wahrheitsbeweis im Sinne der Behauptungen des Angeklagten soll nicht geführt sein. Er durfte nicht, so heißt es in dem Urteil, von einem Justizskandal in Thüringen sprechen (!), sondern nur von einem Skandal der Staatsanwaltschaft in Weimar (!), denn in der Staatsanwaltschaft schwebte schon seit Monaten ein schwerer innerer Konflikt, der sich in ganz besonderer Weise auf die Erledigung der Strafverfahren der Staatsfachen auswirkte. Während der Oberstaatsanwalt Dr. Frieders Bedenken gegen die Durchführung des Reineidsverfahrens gegen Loeb hatte, kürzte sich sein Untergebener, der Staatsanwaltschaftsrat Floel, wie er sagte, „mit Begeisterung“ auf den Reineidsprozeß gegen Loeb, um ihn unter allen Umständen mit einer Verurteilung enden zu lassen. Hinter dem Rücken des Oberstaatsanwalts wurde auch in verschiedenen Fragen mit dem Finanzministerium verhandelt und dem Staatsanwalt diese Verhandlungen und Beratungen verheimlicht. Das Urteil billigt dem Angeklagten zu, daß er auf Grund des mehr als sonderbaren Verhaltens der drei Staatsanwälte Dr. Frieders, Floel und Müller die Heberzeugung gewinnen konnte, daß bei der Weimarer Staatsanwaltschaft, wie das ja auch wirklich der Fall war, etwas nicht stimmte.

Rumänien lobt sich selbst. Die Agentur Orient Radio teilt mit: Der dieser Tage abgeschlossene rumänisch-schweizerische Schiedsvertrag ist ein neuer Beweis für den friedlichen Geist Rumäniens und seinen Wunsch, an der von der Menschheit unter der Regie des Völkerbundes verfolgten Politik wirksam teilzunehmen.

Hanswürste und Säulenheilige.

Kommunisten unter sich.

Weimar, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Donnerstagsnachmittags-Sitzung des Polizeiausschusses verlangten die Kommunisten, daß die unter der jetzigen Regierung erfolgten Verbote ihrer Zeitungen ebenfalls unterjocht werden. Der Ausschuss ging darauf ein. Bei dieser Gelegenheit wurde folgendes Schreiben bekannt gemacht, das seines Inhalts wegen allgemeines Interesse verdient:

Gotha, den 16. Mai 1925.

An die Zentrale der KPD, Berlin. Liebe Genossen! Am Donnerstag langte in Gotha eine Funktionärin der KPD, Ortsgruppe Gotha. Sie befaßte sich mit dem Verbot unserer Zeitung („Gothaer Volksblatt“). Der Grund des Verbotes ist ein Aufruf der Thüringer Bezirksleitung der Jugend zum Jugendtag in Amlenan. Die Funktionäre waren einstimmig der Ansicht, daß eine Delegation bei der Thüringer Regierung vorzuziehen sei. Genährt wurden die Genossen Willi Beck und Wilhelm Weller. Zur Verhandlung sollte der verantwortliche Redakteur, Genosse Otto Weidner, thüringischer Landtagsabgeordneter, zugezogen werden.

Unterzeichnete wurden im Fraktionszimmer der KPD, Thüringen, Weimar, vorgestellt und erlaubten den Genossen Weidner, an der Verhandlung teilzunehmen. Genosse Weidner lehnte es ab mit der Begründung: Er sagte wörtlich: „Für die Hanswürste, die ihr hingelebt habt als Redakteure, übernehme ich keine Verantwortung“ und erklärte weiter: „Bei den kommenden Gerichtsprozessen wird es sich zeigen, wer verantwortlicher Redakteur ist. Ich stecke meinen Kopf nicht in die Schlinge. Nehmt ihr eure Säulenheiligen Lämmer mit.“ Nach diesen Worten verließ er das Fraktionszimmer. Anwesend waren die Genossen Jakob, ein nicht bekannter Genosse, und der Abgeordnete Engert als Zeugen. — Wir bitten um Entschuldigung dieses Vorfalles. Abschrift ist zur Bezirksleitung Thüringen, Jena, abgegangen. Mit kommunistischem Gruß. Bez. Willi Beck, Wilhelm Weller.

Bei einer Beschlagnahme durch die Reichsanwaltschaft ist dieser Brief im Original in die Hände der Polizei gefallen — an seiner Echtheit besteht also kein Zweifel.

Das wahre Ziel der Kommunisten.

Losowski als Helfer.

Unser deutlicher tritt zutage, daß die Kommunisten die Aktion des Volksentscheids über die Fürstenabfindung nur benutzen wollen, um ihr letztes Schiff mit Hilfe der Sozialdemokraten wieder zu fluten. Die kommunistische Presse bringt tagtäglich Anbiederungsversuche an die sozialdemokratischen Arbeiter und an die „Arbeiter des Reichsbanners“, Versuche, die mit der monotonen Aufforderung enden: „Nehmt eure Führer zur Verantwortung, stellt die Einheitsfront her!“

Losowski, der sowjetrussische Gewerkschaftsstratege, muß die im Interesse der Bolschewisten betriebene Zersplitterungsarbeit der deutschen Kommunisten anerkennen. In einem Aufsatz „Die Welle der Einheit wächst“ sagt er u. a.:

In Deutschland gelang es der KPD, die sozialdemokratische Front zu durchbrechen. Die Führer des ADGB, die vor wenigen Wochen noch an die Fürstenabfindung nicht einmal dachten und um so weniger gewillt waren, die Einheitsfront mit der KPD mitzumachen, sahen sich unter dem Druck der Waffen gezwungen, auf das eine sowohl wie das andere einzugehen. In den deutschen Gewerkschaften wächst seit 1923 von neuem die revolutionäre Welle, die auf der Grundlage der Einheitsfront entsteht.

Möglich, daß Losowski den Linsen glaubt, den er da zusammenkratzt. Aber sicher ist, daß seine deutschen Gewährsmänner ihn gehörig hinter das Licht führten. Sie bilden sich ein, die Einheitsfronttätigkeit diesmal zur Hebung der „revolutionären Welle“ besonders schlaue angewandt zu haben, während in Wirklichkeit sie selbst auf dem besten Wege sind, im verfallenen „Reformismus“ zu verfallen. Sozialdemokratische Arbeiter haben die Anbiederungsversuche der Moskauer schon so oft und so deutlich abgewiesen, daß selbst Losowski das bemerkt haben könnte. Ein Blick auf die letzten Wahlen — die in Mecklenburg — zeigt jedem, der sehen will, welche untergeordnete Rolle die KPD im deutschen Volke spielt.

Der Garten Eden.

Ein Volksstück mit sehr romantisch.

Die Theaterdirektoren haben es nun satt. Mit der Literatur laßt man keine Raps in Theater. Die Revue kostet zuviel, und die Klassiker sind ein zweifelhaftes Geschäft. Kurzerhand entschließt sich Herr Barnowski, endlich mal — Kunst hin, Kunst her — was für die Kasse zu unternehmen und bringt im Komödientheater einen dicken Reicher heraus, einen mit Tempo und Humor und mit lauter Bombenrollen, und fürs Gemüt ist auch was dabei. Und damit schon der Titel gleicht, nennen ihn die Verfasser Rudolf Bernauer und Oesterreicher „Der Garten Eden, vier Kapitel aus dem Leben eines unanständigen Mädchens“.

Das Mädchen ist gar nicht so unanständig, es ist ein Kind aus dem Volke, unter einer stattlichen Bluse schlägt ein stolzes Herz. Ihr Geld verdient sie als Lingelänglerin, zunächst. Im Verlauf dieser künstlerischen Tätigkeit schlägt sie einem zubringenden Generaldirektor eine Selbstsache an den Kopf. Dies ist beiseite kein Nebenstand, sondern, wie der Zuschauer gleich im Beginn des dritten Kapitels merkt, der Angelpunkt, um den sich die ganze Sode dreht. Tilly erschlägt nämlich nicht nur die Selbstsache, sondern auch ihr Bild. Das wiederum merkt man erst ganz am Schluss des letzten Kapitels. So dramatisch gesteigert ist das Stück aufgebaut.

In dem Lingelängel ist auch eine Keilmachefrau angesetzt, eine Schlampke äußerlich, aber von vornehmer Herkunft. Oberstfrau ist sie eigentlich und Baronin dazu. Die Witwenpension legt sie heller auf denn je juristisch, und wenn sie ihre drei Wochen Urlaub bekommt, dann ach!s per Luxuszug an die Riviera, dann ist sie, wie früher, die Dame von Welt, Frau Oberst und Baronin. So ist das Leben. Diesmal nimmt die Güte die aus dem Lingelängel hinausgeworfene Tilly mit, und nun kommt alles so, wie man es aus dem auch im Stück erwähnten Roman der Couris-Wähler weiß. An der Riviera, in einem vornehmen Hotel, lernt Tilly, die angelegte Baronin, ein Privatdozent v. Bernide („von“ unterstrichen) kennen und lieben. Ein reiches netter und furchtbar reicher Junge. Er will sie vom Tisch weg heiraten, und nach Ueberwindung einiger hochanständiger Bedenken von seiten Tillys willigt sie auch ein. Aber am Hochzeitstag, an dem auch der Kultusminister, und zwar als Brautführer, teilzunehmen zugelassen hat, erscheint der eingangs erwähnte Generaldirektor als Gast und Freund des Bräutigams. — Der Generaldirektor mit der verschlagenen Selbstsache nämlich. Und als Tilly ihrem Bräutigam ihre wahre Herkunft enthüllt, da kriecht der Privatdozent aus Angst um seine Karriere in sich zusammen, Tilly appelliert an seine Liebe, aber endlich erträgt sie der Eitel vor seiner Baschloppigkeit, sie reißt den ganzen geschenkten Bunder vom Leibe und wirft ihn der Gesellschaft vor die Füße, liegt in Unterhosen da, und in diesem Moment kommt der Minister. Damit endet das dritte Kapitel. Im vierten haben die Verfasser einen hübschen und originalen Einfall gehabt. Während Baronin Wama und Baronin nicht wissen, wovon sie am nächsten Tage leben sollen, hagelt es wegen der Sensation, die das forche Verhalten Tillys bei der vornehmen Hochzeit erregt hat, Anträge für Roborets, für aktuelle Zeitungsreferate, ja es kommt sogar ein

Die Meineide der anderen.

Ermittlungsverfahren gegen Eril.

München, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Urheber des Meineidverfahrens gegen den Rürnberger Oberbürgermeister Dr. Zuppe erleben jetzt eine bittere Enttäuschung. Sie wollten Zuppe durch ein Meineidverfahren unendlich machen, während jetzt der von ihnen bemühte Spieß auch gegen sie angewandt wird. Namentlich ist gegen den Nationalsozialisten Stadtrat Eril, einem wütenden Zuppe-Gegner, ebenfalls ein Ermittlungsverfahren wegen Meineid eröffnet worden. Von einer Amnestiehebung dieses Stadtrats hat man bisher aber noch nichts gehört.

Die Sozialpolitik des Reiches.

Beratungen im Haushaltsausschuß. — Brand gegen reaktionäre Sparmaßnahmen.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags führte gestern nach der Rede des Arbeitsministers Berichterstatter Hoch (Soz.) aus, Sparauschuß und Sparkommission hätten auf dem Gebiete der Sozialpolitik eine Arbeit geleistet, die von den schlimmsten Folgen für das Volk begleitet sein werde. Die Klagen des Reichsversicherungsrats, daß es seine Geschäfte infolge übermäßigen Abbaus nicht ordnungsmäßig erledigen könne, seien berechtigt. Die ungerechte Behandlung eines Teils der Versorgungsbeamten müsse aufhören. Erfreulich sei, daß die Leitung des Ausschusses für internationale Versicherung beim Arbeitsamt in Genf einen Beamten des Arbeitsministeriums übertragen worden sei, wovon er sich erfreuliche Rückwirkungen auf die Sozialpolitik des eigenen Landes als auch der anderen Staaten verspreche. Den Widerständen kurzfristiger Unternehmerkreise gegen die Sozialpolitik sei das Ministerium nicht entschieden genug entgegengetreten. Die Erklärung des Ministers zum Problem der Erwerbslosenfürsorge sei ungenügend. Er erwarte insbesondere die Kurzarbeiterfrage in Angriff zu nehmen, die produktive Erwerbslosenfürsorge zu fördern und namentlich auch mit der Eisenbahnverwaltung wegen der Vergebung von Aufträgen unter Bereitstellung von Notstandsarbeiten in Verbindung zu treten. Bei den Krankenkassen müsse er sich gegen jeden Versuch, ihre Leistungen und ihren Wert herabzubringen, wenden. Die Erklärungen des Ministers seien in dieser Beziehung nicht eindeutig genug gewesen. Der Redner empfiehlt ferner eine bessere Pflege der Statistik und die Schaffung weiterer Sozialataches bei den deutschen Auslandsvertretungen. Beamten, die im Ausland beschäftigt werden, müsse ohne Schädigung die Rückkehr zu ihrer Mutterbehörde sichergestellt werden.

Berichterstatter Ering (Z.) wendet sich gegen die Propaganda, die neuerdings von sozialreaktionären Kreisen gegen das Reichsarbeitsministerium entfaltet werde. Er wüßte eine Klarstellung, damit die von dem sogenannten Sparratorium gepflanzte falsche Einstellung verschwinde, die sachlich nicht gerechtfertigt sei. Die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge seien wesentlich zu erhöhen.

In einem Schlusswort wendet sich Minister Dr. Brauns gegen die Auffassung, daß er etwa beabsichtige, irgendeiner Schmälderung der Leistungen und des Wertes der Krankenkassen das Wort zu reden. Der Entwurf für die Kurzarbeiterunterstützung sei bereits fertiggestellt. Die Entschließung des Kabinetts hierüber sei in Kürze zu erwarten. Den Eisenbahnarbeitern gegenüber vertritt das Reichsarbeitsministerium den Standpunkt, daß sie dasselbe Maß von Recht und Fürsorge wie jede andere Arbeiterkategorie zu beanspruchen hätten. Die besondere Befehdung für die Reichsbahn biete keinen Anlaß, die Reichsbahnarbeiter als Arbeiter minderen Rechts zu behandeln. Der Minister unterstreicht auch ferner die Bedeutung der Statistik, und die Förderung neuer Sozialataches. Sozialataches hält der Minister besonders in den Ländern für notwendig, die bei der Realisierung des Londoner Abkommens eine ausschlaggebende Rolle spielen. Gegen die Stimmungsmache gegen das Arbeitsministerium habe er sich immer gewehrt. Sie sei trotzdem fortgesetzt worden. Hier komme es allein nicht auf das Wissen, sondern auf das Wollen an. Er habe alles Verständnis für Sparmaßnahmen. Im Arbeitsministerium seien 48 Proz. der Beamten abgebaut worden. Trotzdem habe sich der neue Ausschuss des Reichstags sofort wieder mit dem Reichsarbeitsministerium beschäftigt. Er sei begierig, wo weitere Auslässe, die zur Durchführung von Sparmaßnahmen eingesetzt würden, beginnen werden. Das Bestreben, zu sparen sei gut und richtig; aber man müsse jetzt aufhören,

in allgemeinen Thesen davon zu reden, man werde konkrete Angaben fordern müssen, wo gespart werden könne. Dann würde sich bald herausstellen, ob es sich bloß um Sparsam oder aber auch um reaktionäre Tendenzen handle. Er spreche nicht von irgendwelchen Behörden, denn mit den Sparmaßnahmen beschäftigten sich ja auch andere Leute; aber er müsse sagen, daß er Sparmaßnahmen, die im Hotel Adlon ihren Anfang nehmen, sehr skeptisch gegenüberstehe.

Herr Pompei verbietet . . .

Ein Universitätsrektor gegen die Reichspolitik.

In diesen Tagen fand in Berlin eine Exekutivkomiteesitzung der Internationalen Akademischen Vereinigung für Völkerverständigung statt. Aus diesem Anlaß war neben einem Empfang bei dem Reichsjustizminister Dr. Marx und bei dem Vorsitzenden der Liga für Völkerverständigung, Graf Bernstorff, die Teilnahme der Exekutivkomiteemitglieder an einer Veranstaltung in der Berliner Universität vorgesehen. Graf Bernstorff hatte es übernommen, dort vor der Studentenschaft über Völkerverständigung zu referieren. Von der Studentenschaft war den ausländischen Studentenvertretern eine Einladung zu dieser Veranstaltung zugegangen. Der Rektor der Universität, Prof. Pompei, hielt es für gut, entgegen dieser Einladung den betreffenden Herren die Teilnahme an dieser studentischen Veranstaltung zu verweigern unter dem eigenartigen Vorwand, daß nur Inhaber von Studententiteln an solchen Vortragsabenden zugelassen seien. Trotz Intervention des Auswärtigen Amtes haben die am Abend sich dort einfindenden Herren erfahren müssen, daß ihnen eine Teilnahme an dem Vortrage nicht gestattet sei. Der Rektor soll, als ihm sogar von rechtsstehender studentischer Seite wegen seines Verhaltens Vorstellungen gemacht wurden, erklärt haben, er betrachte ein Vorgehen deutscher Studenten zugunsten der Ausländer als einen Vorstoß gegen die deutsche Wissenschaft! Eine Aufführung des höchst eigenartigen Sachverhaltes wäre dringend erwünscht, zumal der streunig deutsche Herr Rektor bereits darauf aufmerksam gemacht werden mußte, daß in der Vergebung von Räumlichkeiten und der Zulassung von Gästen von seiner Seite ein höchst seltsames und wenig gleichmäßiges Verfahren gegenüber Angehörigen der Linksparteien und der Rechtsparteien an den Tag gelegt werde. Es scheint uns auch Pflicht des Kultusministers zu sein, der häufig sein Interesse für internationale Bestrebungen geäußert hat, hier einmal energisch durchzugreifen, um wenigstens zu verhindern, daß in Zukunft durch so törichte Boykottmaßnahmen die sich mühsam wieder anbahnenden kulturellen Verbindungen in ähnlicher Weise gestört werden.

Die Branntweinmonopolverwaltung.

Der Arbeitsplan des Untersuchungsausschusses.

Der Reichstagsuntersuchungsausschuß für die Branntweinmonopolverwaltung stimmte heute der Gliederung des umfangreichen Stoffes auf vier Referate zu. Die einzelnen Referate wurden auf folgende Berichterstatter verteilt: 1. „Organisation der Monopolverwaltung“, Abg. Diez (Z.); 2. „Tätigkeit des Monopolbeirats“, Abg. Eggerstedt (Soz.); 3. „Geschäftsbüro, Preisgebarung usw.“, Abg. Kulekampi (D. Sp.); 4. „Spritzstehungen und Schwarzbranntereien sowie Schmuggel“, Abg. Dr. Bremer (Dnat.). — Der Ausschuss verlagte sich dann auf Freitag, den 19. Februar.

Sozialistische Locarno-Initiative. Der Volksgewaltsausschuß der sozialistischen Partei Frankreichs hat die parlamentarische Initiative ergriffen, in der Kammer zu intervenieren, um eine rasche Ratifizierung der Abkommen von Locarno zu erreichen. Das „Devoir“ bringt einen Artikel, in dem es die gleiche Forderung stellt, mit dem Hinweis darauf, daß Frankreich das einzige Land sei, das die Abkommen noch nicht ratifiziert habe.

Frauenwahlrecht in Frankreich. Die sozialistische Kammerfraktion hat einen Antrag eingebracht, der für die Frauen aktives und passives Wahlrecht bei den Gemeinde- und Bezirkswahlen sowie den Parlamentswahlen fordert. Dieser Antrag soll bei der bevorstehenden Beratung der Wahlreform erörtert werden.

Jugendhaft reicher Fürst von 75 Lebensjahren und bietet ihr seine Hand an.

Es ist erstaunlich, wie gut die Verfasser es verstanden haben, aus den erfolgreichsten Schmarren der Weltliteratur ein neues Stück zusammenzustellen. Ein Stück „Kopportage“, und, versucht noch mal, Männerstolz vor Fürstenthronen und eine Lehre nimmt der Zuschauer auch mit: es kommt nicht auf die Geburt an, sondern auf den inneren Menschen. Und ein Erfolg war es und wird es bleiben und, kein Zweifel, ein Film wird daraus gemacht werden. Das Publikum war glücklich, und zwar mit Recht, über die famose flotte Regie Rudolf Bernauers und die prächtige Darstellung. Erika v. Thellmanns Tilly hieß der Erfolg des Abends. Sie spielte eine Art verlässige Käthe Dorich mit allen Reizen der Anmut, der Schmelerei und groß angelegter Wirkung auf die Tränen drüsen. Georg Alexander war ein entzückender Privatdozent mit bewußt ausgeprägter linker Haltung und, bei all der Charakterlosigkeit der Rolle, sympathischem Wesen. Karl Eitlinger, ein famoser, unbedenklicher Polizeikommissar, Heinrich Sgroi, ein ebenso bedenkenloser Ledemann, und Ilka Grünig, die Baronin und Rehrfrau, allerdings mit einigen Ueberhebungen, sowohl als Rehrfrau wie als Oberstengattin. Der Beifall war stürmisch. Ernst Degner.

Ein gaunernes Kirchenstück. Vor mehr als einem Jahre erregte die in Kopenhagen erfolgte Verhaftung des Methodistenbischofs für Skandinavien, Bast, weit über die Grenzen der skandinavischen Länder hinaus großes Aufsehen. Bast wurde beschuldigt, Gelder aus Sammlungen für wohltätige Zwecke für sich und seine Familie und Freunde verwanzt zu haben. Nach ausgiebigen Verhören und einer eingehenden Prüfung der Bücher und Akten der betreffenden methodistischen Organisationen hat die dänische Anklagebehörde nunmehr das Strafverfahren gegen den Bischof eingeleitet. Bast wird des Betruges in neun Fällen bezichtigt, begangen durch Fälschung der Abrechnungen über die verschiedenen Sammlungen, die er den Revisoren und der Defensivität vorgelegt hat. Durch diese falsche Rechnungslegung soll er sich ein betrügerisches Einkommen von insgesamt 635 000 Kronen erworben haben. Den größten „Ueberschuß“ erzielte Bast durch die Sammlungen der methodistischen Zentralkommission. Unter anderem hat er in der Zeit von 1913 bis 1923 nach seinen Angaben 713 000 Kronen in Form von Weihnachtsgaben, Unterstützungen usw. an die Armen abgeführt. In Wirklichkeit haben die Armen jedoch nur 372 000 Kronen erhalten, während Bast den übrigen Betrag für Repräsentationszwecke, Administrationskosten usw. einbehielt. Den zweitgrößten unredlichen Gewinn soll er sich mit seinem „Marktblättern-Verkauf“, das der Bekämpfung des Alkohols diene, verschafft haben. Er vertrieb dieses Blatt an eine Reihe von Organisationen, die es in dem Glauben abnahmen, daß es keinen Ueberschuß bringe bzw. der Ueberschuß wohltätigen Einrichtungen zugute komme. Die Nachprüfung der Bücher hat aber ergeben, daß Bast rund 182 000 Kronen an dem Blatt verdient hat. Weiter führt die Anklagebeschrift größere und kleinere Beträge auf, die für Kinderheime, für „verschämte Arme“ und ähnliche Zwecke eingesammelt, aber von Bast ohne Buchung den betreffenden Fonds entnommen wurden. In Deutschland dürfte es besonders peinliches Aufsehen erregen, daß Bast auch aus einer

Sammlung amerikanischer Methodisten für notleidende Kinder in Mitteleuropa und von einer Summe, die ihm ein dänischer Pfarrer für Wiener Kinder übergeben hatte, einen Teil für sich verbraucht hat. Die Verhandlung gegen Bast soll Anfang März vor dem Schwurgericht in Kopenhagen stattfinden.

Jolas unbekanntes Vorbild zu „Germinal“. Unter allen Papieren eines französischen Provinzverlegers fand man kürzlich einen Brief Jolas, der bestimmt war, seinem Roman „Germinal“ als Vorrede zu dienen. Aus verschiedenen Gründen ist dieser Brief bisher unbekannt geblieben. Man wird ihn nicht ohne Bewegung lesen; seinen besonderen literarischen Wert erhält er aber dadurch, daß er das einzige Vorbild darstellt, das Jola selbst geschrieben hat. Er ist vom Dezember 1885 datiert und hat folgenden Wortlaut: „Sehr geehrter Herr! — Sie bitten mich, Ihnen ein Vorwort für die Volksausgabe des „Germinal“ zu schreiben, mit deren Herausgabe Sie beschäftigt sind, und die dem Zweck dienen soll, in den Arbeiterkreisen der Provinz verbreitet zu werden. Ich kann es Ihnen nachfühlen, daß Sie angesichts des bösen Kufs, den die Zensur über mein Werk verbreitet hat, gewisse Bedenken nicht unterdrücken können, und daß Sie Wert darauf legen, von mir darüber beruhigt zu werden, daß es nicht in meiner Absicht lag, durch das Buch die Gemüter zu erregen und zur Errichtung von Barrikaden aufzureizen. Aus diesem Grund will ich Ihren Wunsch gern erfüllen. Ich kann nur wiederholen, was ich schon immer erstiert habe: „Germinal“ ist ein Werk des Mitleids und nicht ein Werk der Revolution. Ich möchte den Glücklichen dieser Welt, die an der Spitze unseres sozialen Lebens stehen, zurufen: „Seid aufmerksam, wendet Euren Blick in das Innere der Erde und schaut auf die Unglücklichen, die hier arbeiten und dulden. Vielleicht ist es noch Zeit, eine Katastrophe zu verhindern; oder die Zeit fordert Gerechtigkeit, wenn anders sich die Erde nicht öffnen und die Nationen nicht in eine der furchtbarsten Katastrophen der Weltgeschichte hineingezogen werden sollen. Ich bin in die Hölle der Arbeit hineingefallen, und ich habe nichts verborgen und nichts beschönigt, weder die soziale Entartung noch die Schamlosigkeit, die dem Elend entstammt; kurz ich habe Euch ein Bild gemalt, das an Vollständigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, und ich bin dabei auch vor den Scheußlichkeiten nicht zurückgewichen, um Euch durch die Schilderung der jammervollen Lebensexistenz der Parios zum Mitleid zu bringen. Gewiß, für junge Mädchen habe ich nicht geschrieben, aber in den Familien sollte man mich lesen, und lesen sollten mich vor allem alle, die arbeiten. Wenn ich sie zum Mitleid und zur Gerechtigkeit gebracht habe, so ist der Zweck, den ich im Auge hatte, erfüllt. Wenn sich morgen aber der Boden öffnet und das angeklagte Unglück hereinbricht, so wird mir das ein Zeichen sein, daß man mich nicht gehört hat.“

Im Kaiser Friedrich-Museum hält Fr. D. Damm, Degenernt für Kunst im Volksgedächtnis, am Sonntag, den 7. d. m., 10 Uhr über Rembrandt und seine Schule Vortrag.

Die Junge Bühne hat die Aufführung von Bertolt Brechts „Fackel vom Sonntag, den 7. d. m., 10 Uhr, mittags 11 Uhr, 12 Uhr, 1 Uhr, 2 Uhr, 3 Uhr, 4 Uhr.“

„Vor der Schiffschleuse.“ Die vom Schwerkrafts-Deutscher Schiffschleuse (Ordnungsgruppe Berlin) veranstaltene öffentliche Veranstaltung findet erst Donnerstag, 11. Februar, 8 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Berliner Straße 4, statt.

Die Vereinigten Staaten von Europa.

Eine Umfrage.

Der Herausgeber der Zeitschrift „Pan-Europa“, R. N. Coudenhove-Kalergi, hat eine Rundfrage über das Thema veranstaltet: 1. Halten Sie die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa für notwendig? 2. Halten Sie das Zustandekommen der Vereinigten Staaten von Europa für möglich? Von den zahlreichen Antworten, die eingegangen sind und die jetzt in Coudenhoves Zeitschrift veröffentlicht werden, seien folgende hervorgehoben:

Genosse F. Stauning, dänischer Ministerpräsident:

1. „Notwendig“ ist ein zu starker Ausdruck, da die einzelnen Staaten vermutlich wie früher durchkommen können. Die genannte Gesellschaftsbildung wäre aber sehr wünschenswert. Ich glaube nicht an wohlgeordnete Wirtschaftsbeziehungen, ehe die europäischen Staaten eine solche intime Zusammenarbeit verwirklichen.

2. Ich glaube, daß es ungeheuer schwer ist. Es ist aber zu viel „unmöglich“ zu sagen. Die Möglichkeit besteht, aber Hunderte von Hindernissen werden vorgeführt werden, und sie müssen überwunden werden, bevor die praktische Möglichkeit vorhanden ist.

Genosse Albert Thomas, Direktor des Internationalen Arbeitsamts:

1. Es wäre eine vorausgehende Definition notwendig. Sollen die Vereinigten Staaten von Europa nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika gebildet werden? Ich glaube nicht, daß ein solches Gebilde notwendig ist, notwendig für die Wohlfahrt Europas, notwendig für den allgemeinen Frieden. Aber was unumgänglich notwendig ist, ist, unter was immer für einem Namen: eine Gesellschaft, eine Union, ein Konföderation der europäischen Staaten. Wie Saint Simon schon sagte, muß die europäische Gesellschaft organisiert sein. Dies ist die erste Bedingung des Weltfriedens. Jedenfalls ist es die Bedingung für die Entwicklung des Völkerbundes. Solange sich diese europäische Union nicht in seinem Schoße gebildet hat, wird sie in einer unklaren Situation verbleiben, wird den nicht europäischen Völkern immer zu europäisch sein und den Völkern Europas immer zu universell.

2. Nach dem, was ich in meiner ersten Antwort sagte, muß man die Frage umstellen: Man muß sagen: Ist eine Union der europäischen Völker möglich?

Ich glaube ja. So schwierig sich auch der Anfang gestalten mag, bin ich vor allem davon überzeugt, daß im Augenblick, wo die ersten Schritte gemacht sind, die Entwicklung zur Einheit mit überraschender Schnelligkeit vor sich gehen wird.

Genosse R. Riedziakowski, Warschau:

1. Ja. Ich glaube nicht, daß man eine andere Methode finden kann, um das politische und ökonomische Gleichgewicht der Welt wiederherzustellen und die Möglichkeit einer sozialen Umformung herbeizuführen.

2. Ich glaube, daß die notwendigen Dinge immer zugleich auch möglich sind. Freilich ist die Aufgabe keine leichte. Meiner Meinung nach ist ein enger Zusammenschluß der pan-europäischen Bewegung mit der internationalen sozialistischen Bewegung unerläßliche Vorbedingung.

Prof. Dr. Areboe, der bekannte Agrarwissenschaftler:

Ich halte die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa für notwendig und für möglich. Der Auftakt dazu müßte eine Zollunion zwischen Frankreich, Deutschland, Österreich und Deutschland sein. Das Weitere würde sich dann verhältnismäßig leicht finden.

Prof. Lujo Brentano:

1. Die Vereinigten Staaten von Europa werden zur Notwendigkeit, wenn Europa gegenüber dem sich zivilisierenden Amerika und dem wiederwachsenden Asien die Führung in der Kultur behalten will.

2. Sie werden nur möglich sein, wenn die Auffassung schwindet, daß der Vorteil eines Volkes auf der Vergewaltigung anderer Völker beruht, eine Auffassung, wie sie in den Verträgen von Versailles, St. Germain und Trianon in verhängnisvoller Nähe zum Ausdruck gelangt ist. So lange diese Verträge Geltung behalten, werden die Vereinigten Staaten von Europa nicht möglich sein.

Für den wirtschaftlichen Zusammenschluß sprachen sich u. a. auch der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Graemer und der bekannte Großindustrielle Dr. Bögl aus. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Graf Lerchenfeld, hält den Ausdruck „Vereinigte Staaten von Europa“ für irreführend, meint aber doch:

„Auf der anderen Seite machen die Erfahrungen der neuzeitlichen Entwicklung und die Gefahren, die aus Rationalismus, Imperialismus und vor allem aus den durch die Verträge nach dem Weltkriege geschaffenen Verhältnissen für Europa entstanden sind, eine grundsätzliche Umänderung in dem gegenseitigen Verhältnis der Völker und Staaten Europas nötig, und zwar im Sinne eines Ausgleiches und der Vorbeugung bewaffneter Konflikte. Dieser Ausgleich muß die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, auch die Widerstandsfragen umfassenden Belange zum Gegenstand haben und muß das ideale Ziel eines solchen Ausgleiches höher gestellt werden, als es nach der augenblicklichen Lage praktisch erreicht werden kann.“

Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gibt Antwort auf die Fragen Coudenhoves das im Herbst vorigen Jahres in Heidelberg beschlossene Parteiprogramm, worin es heißt: „Die Sozialdemokratische Partei tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.“

Die Fälschermaschine entdeckt.

Durch französische Beamte.

Budapest, 5. Februar. (W.B.) Die Blätter melden, die französischen Polizeioberinspektoren Douce und Benoit erschienen heute in den Abendstunden in Begleitung ungarischer Polizeibeamten in der kardiographischen Anstalt in der Reiskasse, wo sie auf Grund der in Laufe der nachträglichen Erhebungen erfolgten Aussagen eine Durchsicht vornahmen. Hierbei gelangte jene Druckmaschine zum Vorschein, auf der die falschen Frankennoten hergestellt wurden und die bisher nicht aufgefunden werden konnte. Die Polizei hat den Fund beschlagnahmt und ihn zur Oberstaatsanwaltschaft schicken lassen.

Das China-Abkommen. Nach Mitteilung der amerikanischen Regierung sind die Regierungen von Norwegen, Bolivien und Dänemark dem Washingtoner Abkommen über die offene Tür in China vom 6. Februar 1922 im Laufe der Monate November und Dezember beigetreten.

Im Namen des Volkes.

Er ist 50 Proz. kriegsbeschädigt, Epileptiker. Jeden Monat bekommt er Anfälle. Schwere Arbeit kann er nicht leisten, und die Rente, die er dafür erhält, darf er seine geliebten Glieder im „Dienst des Vaterlandes“ opfern, reicht kaum zum Leben. Wo soll er in einer Zeit der Entlassungen als Krüppel Arbeit finden? Er bettelt also, und da er im Norden Charlottenburgs wohnt, bettelt er vor der Funkhalle. Jemande Ausstellung ist dort, die viele Menschen besuchen. Aber auch andere wissen, daß hier gute Konjunktur herrscht. Ein paar vornehme Damen sammeln für eine Wohltätigkeitsveranstaltung. Wenn gibt man mehr, den Damen oder dem Krüppel? Er ist krank, reizbar, ein Mensch, der gebrochen ist und der schwer darunter leidet, daß er heute nicht mehr Leistungen vollbringen kann. Er sieht, daß den Damen Spenden gegeben werden, warum nicht ihm? Sind sie nicht seine Konturrenz, auch wenn sie für andere sammeln? Ist er vielleicht nicht noch bedürftiger? Er macht abfällige Bemerkungen und will sie veranlassen, vom Platz zu weichen. Am nächsten Nachmittag wiederholt sich derselbe Vorgang. Eine Dame bittet darauf den Schupo, den Kriegsbeschädigten zur Wache zu bringen. Es kommt bald darauf zur gerichtlichen Verhandlung. Er leugnet ab, behauptet, er hätte in der fraglichen Zeit einen epileptischen Anfall gehabt und sei erst auf der Wache zur Besinnung gekommen. Zeugen behaupten das Gegenteil. Er wird verurteilt zu sechs Tagen Haft und man entschuldigt die „Milde“ der Strafe mit seiner Epilepsie und mit seinem bis dahin einwandfreien Lebenswandel.

Das Gericht spricht im Namen des Volkes, aber entspricht diese Strafe dem Volksempfinden? Durchaus nicht! Warum nicht Bewährungsfrist, die sonst reichlich gewährt wird? Und was das Vergehen überhaupt so schlimm? War es nicht eine Bagatelle, die eine milde, menschliche und soziale Strafrechtspflege mit einer ersten Verwarnung durch den Bagatelrichter „gefühlt“ hätte. Diese sechs Tage Haft für einen Schwertriebsbeschädigten, der zweifellos nicht mehr im Vollbesitz seiner Willenskräfte ist, dienen aber weder dem Ansehen des Staates und seiner Richter noch dem Schutz der Gesellschaft.

Der Schiedsmann als Richter.

Bagatelklagen.

Keine gerichtlichen Klagen sind fürchterlicher als die Zehntausende von Bagatelklagen wegen Bürentenleistungen, gemeinsam Beleidigungen genannt. Mit einem einer besseren Sache würdigen Aufwand an Stimmmaterial, Zeit und Leidenschaft wird um die blödesten Dinge gestritten. Der sich seiner Persönlichkeit bewußte Mensch, der nicht etwa schwer ehrenrührig angegriffen wird, verzichtet auf das formelle Klagericht, überläßt vielmehr die Schimpfereien des Verletzten oder stellt den Schimpfenden so energisch, daß ihm die Luft zu weiteren Anrempelungen vorgeht. Andere mit weniger Ueberlegung oder Energie laufen sofort zum Kadi. Während der letzten Jahre des Krieges durften solche Klagen erfreulicherweise nicht angetrieben werden. Nach dem Kriege hat sich leider noch kein ausreichendes Mittel finden lassen, die Bagatelklagen wesentlich einzuschränken. Einen kleinen Vorteil hat die vor einiger Zeit in Kraft getretene verschärfte neue Schiedsmannsordnung erreicht. Früher brauchte der Beklagte nicht beim Schiedsmann zum Sühnetermine zu erscheinen. Er erschien auch gewöhnlich nicht. Die Folge war, daß die Sache an das Schöffengericht weiterging, das sich mit dem jämmerlichsten Klatsch und Lärm abgeben mußte. Jetzt ist auch der Beklagte zum Erscheinen beim Schiedsmann verpflichtet. Erscheint er ohne den Nachweis triftiger Verhinderungsgründe nicht, so kann der Schiedsmann eine Geldstrafe bis zu 20 M. verhängen. Manche Beklagte verweigern die Annahme der Ladung, die dann auf Anordnung des Amtsgerichtes durch den Gerichtsvollzieher zugestellt wird. Im Sühnetermine soll der Schiedsmann nicht nur, wie früher, auf die Einigung hinwirken, sondern er hat jetzt regelrechte richterliche Befugnisse. Mit diesem erweiterten Recht kann er Urgebühren und Haftstrafen festsetzen, sogar die sich besonders remittent betragende Partei durch die benachrichtigte Polizei abführen lassen. Er kann ferner festsetzen, daß eine von ihm für schuldig erachtete Partei eine Geldbuße in die Wohlfahrtskasse zahlt, allerdings nur im Falle der Einigung. Zeugen werden gewöhnlich nicht geladen, was natürlich ohne Einigung die Beweisnahme erschwert oder unmöglich macht. Es bleibt aber den Parteien überlassen, einige Zeugen mitzubringen, die in diesem Falle Zeugniskosten nicht zu beanspruchen haben. Die Kosten des Sühnetermine sind wesentlich erhöht worden, betragen durchschnittlich 7 bis 10 M., die im Termine bezahlt werden müssen. Ob solche kleine Abschreckungsmethoden bei querulierenden Klägern helfen werden? Wohl kaum.

Politische Schlägereien.

Während die geistige kommunistische Demonstration auf dem Luisenplatz in Charlottenburg, wie mitgeteilt, ruhig und ohne Zwischenfälle verlief, kam es nach der Rundgebung zwischen einzelnen Gruppen der Demonstranten und gegnerischen Trupps zu Zusammenstößen. Gegen 4 Uhr trafen im Vorraum eines Restaurants in Stralau-Kummelsburg etwa 100 Kommunisten mit völkischen Arbeitern der Anor-Bremse zusammen. Es entwickelte sich eine heftige Schlägerei, wobei ein Mann Gesichtsverletzungen davontrug. Er wurde zur Unfallstelle gebracht. Um 5.10 Uhr nachmittags wollte ein Wachmeister einen Mann wegen Sachbeschädigung festnehmen. Der Beamte wurde von einem Trupp vorbeimarschierender Leute umringt, zu Boden gerissen und nicht unerheblich verletzt. Hergewandene weitere Beamte befreiten den am Boden Liegenden und nahmen eine Verhaftung vor. Abends gegen 10 Uhr kam es am Rosenhäger Platz zwischen etwa fünfzig Kommunisten und ebensoviele völkischen zu Reibereien, die bald in Tätlichkeiten ausarteten. Eingreifende Polizei drängte die Kämpfenden auseinander. Um 11.10 Uhr ereignete sich an der Ecke Weinmeisterstraße ein Zusammenstoß zwischen dem 19-jährigen Mitglied eines rechtsradikalen Verbandes und mehreren Kommunisten. Die Polizei nahm den 22-jährigen Arbeiter Schulz fest. Um 11.40 Uhr geriet der Telegraphenassistent Paul B. aus der Paulinenstraße an der Elbasser Ecke Kiderstraße mit politischen Gegnern in Streit. Die Polizei griff ein und nahm eine Verhaftung vor. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Marmeladen einer Mittagszeitung über die Vorfälle des gestrigen Nachmittags und Spätabends stark übertrieben sind.

Rohbachs Katzenjammer.

Herr Oberleutnant Rohbach, dem seine „Verbannung“ in Salzburg offenbar ganz gut bekommen ist, sprach gestern abend im Parkrestaurant Südenbe. Die Schill-Jugend, die im wesentlichen nur aus Schuljugend zu bestehen scheint, gab ihm zu Ehren einen Begrüßungsabend mit viel Musik, schwarzweißen Föhnen und dem üblichen Klöppeln. Herr Rohbach ist sehr bescheiden und ängstlich geworden, seine Anhänger pöbte das natürlich gar nicht, und der Beifall, den sie ihm zollten, war alles andere als „stürmisch“. Rohbach sagte seinen Freunden recht bittere Worte über ihre Vhranhaftigkeit, ihr Raubdelikt und fuhr fort: Jeder von euch nennt sich gern Vandskrecht. Frage ich aber, wer von euch schon jemals einen scharfen Schuß getan hat, mühten wohl fast alle vor Scham zusammenstinken. Was wollt ihr eigentlich? Nichts als Vhralen bekommt man zu hören, selbst „Vaterlandsliebe“ ist zum Schlagwort geworden. Das endet ja nur immer mit Besoffenheit, mit irgendeinem patriotischen oder zölgeligen Lied. Singt deutsche Gesänge, werkt jeden, der in einem Regieranz die Beine schwingt, im Bogen aus den vaterländischen Verbänden heraus, und wenn dann nur noch ein paar übrig bleiben, dann laßt euch sagen: Die

Masse brauchen wir jetzt auch nicht, nur Führer gibt es zu erziehen. Euch fehlt der Geist der Wehrhaftigkeit, ihr müßt ihn von den Frontsoldaten lernen und in allen Teilen der Jugendbewegung, auch in den roten (H) Organisationen müßt ihr ihn verbreiten. Kein Wort von Hitler, kein Wort von den mißlungenen Putzchen, keine von den Fremdenbanden, nichts vom Segen der Monarchie — die Hakenkreuzjünglinge und -mädchen schüttelten die Köpfe, sie verstanden ihren Führer nicht mehr.

Glück muß der Mensch haben.

Bei der Verfolgung von Schwerverbrechern kam ein Kriminalbeamter des Reichers Baumshuldenweg spät nachts auf den Bahnhof Niederschöneweide. Die Verfolgten, die bemerkt, daß der Beamte in denselben Wagen stieg, in dem sie selbst saßen, sprangen während der Fahrt aus dem Zuge, ihnen nach der Beamte. Bei der weiteren Verfolgung wurde der Beamte von der Lokomotive eines einfahrenden Zuges umgestoßen, so daß der halbe Zug über ihn hinwegging. Zum allgemeinen Erstaunen sprang der Ueberlebende, nachdem der Zug hielt, auf und verfolgte die Ueberlebenden weiter. Verfolgte wie Verfolger erreichten einen Zug nach Treptow und sprangen auf, die Verbrecher vorn, der Beamte hinten. In Treptow will der Beamte noch während der Fahrt abspringen, gerät aber dabei abermals unter die Lokomotive eines einfahrenden Zuges, der wieder über ihn hinweggeht. Aber auch hierbei ist ihm anscheinend nichts passiert, da er nach dem Halten des Zuges seine Jagd sofort fortsetzte, die denn auch endlich Erfolg hatte. Es dürfte zu den größten Seltsamkeiten gehören, daß ein Mensch zweimal hintereinander von einem Zuge überfahren wird, ohne daß er auch nur Schaden an seiner Gesundheit nimmt.

Neue Kälte in Sicht?

Das frühlingsmäßige Wetter der letzten Tage mit seinen erheblichen über dem Nullpunkt liegenden Wärmeüberschüssen soll nach den neuesten Wettermeldungen bald ein jähes Ende erfahren. Schon sind Anzeichen dafür vorhanden, daß bereits am Sonntag abend mit einer starken Abkühlung zu rechnen ist. Heute früh wurden in Berlin zwar noch 6 Grad Wärme gemessen, und die Temperatur stieg in den Mittagsstunden noch etwas, doch die Kälte wolle naht unaufhaltsam. Die allgemeine Wetterlage deutet auf eine starke Abkühlung der oberen Luftmassen hin, und über Dänemark und Schweden lagert ein Druckgebiet, das sich beständig nach Süden schiebt. Kopenhagen hatte bereits 1 Grad unter dem Gefrierpunkt zu verzeichnen. Hinzu kommen noch die stärker werdenden Ostwinde, die wesentlich zu einem Temperatursturz beitragen werden. Also für Berlin, wenn alle Voraussetzungen zutreffen, am Sonntag abend noch mildes Wetter, dann stärkere Abkühlung, ohne erhebliche Niederschläge.

Seit gestern abend tobt an der ganzen atlantischen Küste Amerikas von Georgien bis Maine ein schwerer ortenartiger Schneesturm, der auch heute den ganzen Tag anhält, ohne an Gewalt nachzulassen. In New York sind drei Personen dem Sturm zum Opfer gefallen. In der Stadt New York liegen 6 Zoll Schnee, im oberen Teil des Staates New York 12 Zoll, in den östlichen Vorbergen des Alleghanygebirges 20 bis 24 Zoll.

Die Blindensammlung der Funkstunde.

Die am 7. Januar 1926 in Nr. 9 des „Vorwärts“ erschienene Notiz: „Sammlung zur Versorgung von Blinden mit Rundfunkgeräten“ veranlaßte einige unserer Leser zu der Anfrage, was mit dem für entsprechende Zwecke bestimmten Reinertrag des vorjährigen Funkballes geschehen sei. Es handelt sich dabei um einen Betrag von 4200,33 M. Diese Summe wurde, wie wir erfahren, von der Funkstunde u. a. an die Zeitschrift „Der Funke“ überwiesen, die ihrerseits die Verwaltung und Verwertung des Geldes in Gemeinschaft mit dem Telegraphentechnischen Reichsamt und unter Aufsicht und Kontrolle eines Ehrenauschusses, dem u. a. der Reichspostminister und Staatssekretär Dr. Bredow angehören, übernahm. Es wurden nicht nur Blinde aus Berlin, sondern Blinde aus dem ganzen Reich — mit Ausnahme aus Bayern, da hier eine eigene ertragsreiche Sammlung veranstaltet wurde — mit Erprobungsgeräten und, wenn nötig, sogar mit sehr guten und teuren Apparaten bedacht. Da das Reichsamt zu sehr vorteilhaften Großpreisen die Apparate erwerben konnte und da weiterhin kein Planmäßigkeit an Verwaltungskosten abgezogen wurde, ist weitgehende Berücksichtigung der Antragsteller möglich gewesen. Wenn noch keine Endausstellung veröffentlicht wurde, so liegt das daran, daß die Verteilung von Funkgeräten aus technischen Gründen noch nicht völlig zu Ende geführt werden konnte. Das ebenfalls sehr beträchtliche Ergebnis des diesjährigen Funkballs im „Zoo“ ist von der „Funkstunde u. a.“ an den Rote Kreuz, an Herrn Oberbürgermeister Dr. Böß und an den Rönningen Blindenverein überwiesen worden. Auch in diesem Falle dürfte für einwandfreie Verwendung des Geldes, das für verschiedene Zwecke verwandt werden soll, Gewähr gegeben sein.

Einbrecher in einer „Vorwärts“-Filiale. Von Einbrechern wurde in der letzten Nacht die „Vorwärts“-Filiale in der Greifenhagener Str. 22 heimlich betreten. Die Diebe entwendeten eine größere Anzahl von Büchern, darunter 18 Dittmann-Broschüren „Die Marinejustiz von 1917 und die Admiralstrebe von 1918“, sowie 16 Bände von der Kassenabrechnung des Volksbühnenverlages.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Berichtigung. Im Bericht aus der Stadtnorddeutschenversammlung in der heutigen Morgenausgabe hat der Druckfehlerausweis aus dem „Stadtnord für Leibesübungen“ ein solches für Freizeitsportübungen gemacht. In der Brotpreisdebatte hat Genosse Reimann, nicht Heimann gesprochen. Genosse Reimann begründete auch die Anfrage wegen der Verkehrsverhältnisse in den östlichen Vororten. — In dem Bericht über die Bezirksversammlung des 1. Bezirks Mitte muß es zum Schluß heißen, daß die Vertretung der Erwerbslosen nur durch die Gewerkschaften (nicht, wie es irrtümlich zu lesen ist, Erwerbslosen) zu erfolgen hat.

Furchtbare Bluttat eines Geisteskranken.

In der sächsischen Landes-Irrenanstalt Hubertusburg hat sich ein graufiger Vorfall ereignet. Ein Internierter, der sich lange Zeit gut geführt hatte und keine Krankheitszeichen mehr verriet, sollte entlassen werden. Vor der Entlassung wurde er zusammen mit anderen Patienten noch bei der Außenarbeit, beim Herinschaffen von Eis verwendet. In einem unbedachten Augenblick ergriff er ein Beil, welches im Eisteller zum Zerhackern und Schichten des Eises benutzt wurde, und schlug ohne äußeren Anlaß, ohne vorausgegangen Streit, den ja die Wärter hätten bemerken müssen, einen anderen Kranken den Kopf glatt ab. Man sieht hieran, daß es für die Anstaltsärzte wirklich nicht immer leicht ist, die Verantwortung für Entlassungen zu tragen.

Eine „unzulässige Demonstration“. Ein Triester Slowene wollte seinem neugeborenen Sohn den slowenischen Namen Gorazd geben. Das Standesamt lehnte jedoch den slowenischen Namen ab und trug den italienischen Gerardo ein. Der Vater legte Berufung ein, wurde aber in zwei Instanzen abgewiesen. Der Appellationshof erklärte im gegenwärtigen historischen Moment, wo jeder stolz sein muß, sich innerlich und äußerlich zu italianisieren, sei die slowenische Benennung eine unzulässige Demonstration.

16 Bergarbeiter durch Gase erstickt. Die in beim Anthracitkohlenbergwerk bei Pittsburg in Pennsylvania durch eine plötzlichen verschütteten 16 Bergarbeiter sind durch Gase erstickt gefunden worden.

Wirtschaft

Das Abzahlungsgeſchäft in der Pianoforteindus-trie.

Die Schaffung beſſerer Abzahlungsverhältniſſe und damit auch beſſerer Beſchäftigung für die deutſche Induſtrie hängt für einen groſſen Kreis von Waren davon ab, ob es gelingt, das Abzahlungsgeſchäft ähnlich zu reorganifiſieren, wie es bereits vor dem Kriege beſtand, und wie es in Amerika zu höchſter Entwidlung gebracht wurde. Wir berichteten bereits früher, daß in der Pianoforteindus-trie eine Bank zur Finanzierung von Abzahlungsgeſchäften gegründet wurde. Ueber dieſe Gründung werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt:

Die von folgenden Firmen ins Leben gerufene Kreditge-ſellſchaft (C. Bechſtein N.-G., Berlin, Julius Büchner, Leipzig, J. L. Duxen G. m. b. H., Berlin, Julius Feurich, Leipzig, Lu-ſtig Förſter, Lößau i. Sa., Grotſch, Steinweg Nachf., Braunſchweig, Rud. Jbach Sohn, Barmen, Gebr. Riendorf N.-G., Pianofortefabrik, Ludenwölde, Ed. Seiler, Pianofortefabrik, G. m. b. H., Biegen, Zeitzer u. Winkelmann, Braunſchweig) iſt ein Finanzierungsinſtitut, das die Verteilung der von Schweizer Firmen gewährten Kredite vorzunehmen und zu kontrollieren hat. Die Finanzierung wird in der Weiſe durchge-ſührt, daß der Fabrikant auf Grund ſeiner Umſätze von der Kreditgeſellſchaft einen begrenzten Jahreskredit eingeräumt er-hält, der in vierteljährlichen Raten abbezahlt wird.

Neben der Sicherung auf der Grundlage von Wechſeln dienen als weitere Sicherheiten der Eigentumsvorbehalt an dem gelieferten Inſtrument und eine beſondere Deſkrederenerſicherung zu-ſunſten des Geldgebers, die von einer ausländiſchen Verſicherungs-geſellſchaft übernommen iſt.

Das Geſchäft mit dem Privatkäufer iſt derart ge-ſtaltet, daß er ein Inſtrument der in Frage kommenden Firmen unmittelbar oder von einem Vertreter mit einer Anzahlung von etwa einem Viertel des Preiſes und einer auf 12 Monate ſich er-ſtreckenden Ratenzahlung erwerben kann. Es bleibt dem Fabrikanten oder Vertreter unbenommen, aus eigenen Mitteln dem Käufer weitere Zahlungserleichterungen zu gewähren.

Eine ganz beſondere Bedeutung beſitzt die Frage des Zins-fußes. Die Durchſchnittszinſen betragen, auf das Jahr verteilt, 11 1/2 Proz. Es iſt zuzugeben, daß dieſe Bedingungen an ſich verhältnismäßig hoch liegen. Die Bedingungen ſind aber nach langen und ſchwierigen Verhandlungen von den 10 beteiligten Firmen aus der Erwägung angenommen worden, daß es im Intereſſe der ganzen Pianoforteindus-trie und des beteiligten Handels liegt, das ſchon ſeit langem ſchwebende und bisher ungelöſte Problem der Diskontierung von Ratengeſchäften auf einer wirt-ſchaftlich einwandfreien Grundlage durchzuführen. Sofern ſich die Durchführung des Geſchäftes reibungs- und verluſtlos vollzieht, und daran iſt nicht zu zweifeln, wird die Kreditgeſellſchaft ſehr bald dazu kommen, günſtigere Bedingungen, ſowohl hinſicht-lich des Zinsfußes wie auch der Dauer der Teilzahlungsverträge zu erhalten. Die Vorteile des neuen Kreditſyſtems für den Händler liegen darin, daß dieſer im Gegenſatz zu der bisherigen Leiſtung kein Risiko mehr bei der Finanzierung des Abzahlungsgeſchäftes trägt, das er vielfach mit unzureichenden Mitteln, und ohne die Tragweite der Handlung zu überſehen, unternahm. Der Händler beſitzt ferner die Möglichkeit, jetzt einen Teil ſeines Gewinnes im voraus zu dis-kontieren, und ſchließlich iſt er befreit von dem einſeitigen und wiederholten Nachſuchen von Wechſelprolongationen. Die Wechſel-ſprolongationen hatten ſich in den letzten Monaten in unheilvoller Weiſe vermehrt, und es wäre bei der Fortdauer dieſes Zuſtandes die geſamte Pianoforteindus-trie zweifellos in eine ſchwere Kriſe gekommen. In Beiſpielen dieſer Art fehlt es nicht. Schließlich aber verdient die Taſſache noch beſonders hervorgehoben zu werden, daß der Händler nicht nur von ſeinem Risiko nahezu ent-laſtet iſt, ſondern, daß er auch ſeine Käufe heute zum gleichen Preiſe wie früher tätigen kann. Der Beweis hierfür kann jeder-zeit zahlenmäßig erbracht werden.

Zur Neuordnung des Konkursrechts.

Der wirtſchaftspolitische Ausſchuß des Vor-läufigen Reichswirtſchaftsrats erſtattete ein Gut-achten zum Entwurf eines Geſetzes zur Förderung des Preisab-ſchlags Artikel 1 (Vergleich zur Abwendung des Kon-kurses). Hiernach iſt die Beſeitigung der Geſchäftsaufficht als ſelbſtändige Einrichtung und ihre Beibehaltung als Nebenwirkung des Vergleichsverfahrens zu billigen. Die Regelung des außergericht-lichen Zwangsvergleiches zur Abwendung des Konkurses (Präventivkonkurs) entſpricht einem dringenden wirtſchaftlichen Be-dürfnis. Ein ſolches Geſetz ſteht aber mit dem Geſetz über den Preisabbau in keinem inneren Zuſammenhange. Es iſt aus dieſem zu löſen.

Das Geſetz über den Vergleich iſt frei von jeder Bevormundung der Gläubiger zu geſtaltet. Der Schwerpunkt iſt in deren ſelbſt-verwaltung zu legen. Das Verfahren muß als wirklicher Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses ausgebildet werden. Es muß ſich an die in der Praxis ausgebildete Behandlung außer-gerichtlicher Vergleiche anſchließen. Damit der vorliegende Entwurf dieſen Erforderniſſen gerecht werde, bedarf er einer ſachgemäßen Umarbeitung nach den oben angegebenen Geſichtspunkten. Vorausſetzung des außergerichtlichen Zwangsvergleiches ſoll nicht nur Zahlungsunfähigkeit oder Ueberſchuldung, ſondern auch eine eingetretene oder vorausgeſehene Zahlungsſtockung ſein. Es iſt nicht erforderlich, daß ſie bereits nach außen hervorgetreten iſt. Im einzelnen werden dann eingehende Vorſchläge für das Ver-fahren gemacht. Gehilligt werden ausdrücklich die Vorſchriften des Entwurfes über die Wirkung des Zwangsvergleiches und die Wiederaufhebung und über die gerichtliche Prüfung der Frage, ob beim Scheitern des Zwangsvergleiches das Konkursverfahren zu er-öffnen iſt. Vor allem ſoll auch bei Berechnung des Streitgegen-ſtandes, der Gerichtskosten und der Anwaltsgebühren möglichſt auf Verbilligung des Vergleichsverfahrens hingewirkt werden.

Die Umſtellungsverſuche der Maſchinenfabrik Freud. In der Generalverſammlung wurde über die Zukunft des Unternehmens, deſſen Bilanz uns Anlaß zu ſcharfer Kritik gab, folgendes ausge-ſprochen: Die Geſellſchaft hat im abgelaufenen Jahre zwei Verſahren zur Herſtellung von Stahl ausprobiert. Bei dem Stahlformguß-verfahren beſteht kein Zweifel mehr, daß man mit ihm erfolgreich arbeiten kann. Es iſt am 1. Dezember eine Lizenz nach den Ver-einigten Staaten verkauft worden. Bei dem Verfahren zur Her-ſtellung von F-Stahl iſt man bisher über Experimente noch nicht hinausgekommen. Es handelt ſich um einen Stahl, der 40 Proz. Leiſtungsſtärke iſt als die bisherigen Stahlarten, dabei aber die gleiche Elaſtizität aufweiſt. Die Sachverſtändigen ſind der Anſicht, daß auch hiermit ein großes Geſchäft ermöglicht werden kann. Zu der Fabrika- tion ſind groſſe Deſen notwendig, die bisher noch nicht gebaut

sind. Die Mittel für dieſen Bau hofft man aus dem Verkauf bes Terrains, das beſonders an der Grenze Berlin-Char- lottenburg liegt, zu erhalten. Die Experimente haben die Summe von 1 Million Mark verſchlingen, auf der anderen Seite ſehen ſomit die Lizenzen als auch das Gelände Berlin-Charlottenburg ſehr niedrig zu Buch. Wie wir weiter erfahren, iſt die Geſand-ſchaft deswegen noch nicht ſpruchreif geworden, weil ein neues Ge- lände für die Errichtung der fabriktoriſchen Anlagen bisher nicht gefunden iſt. Es ſoll ein Gelände in der Umgegend Berlins ſein, das an der Bahnlinie liegt, um die Transportkoſten ſo niedrig wie möglich zu halten.

Aus der Partei.

Abg. Dr. David zum Ehrendoktor ernannt. Die ſtaatswiffen- ſchaftliche Fakultät der Univerſität München hat den Reichs- tagsabgeordneten und früheren Reichsinnenminister Geſchle- ten Dr. Eduard David, jetzt Vertreter des Reichs in Heſſen, wegen ſeiner wiſſenſchaftlichen Erörterungen agrarpolitiſcher Probleme zum Doktor der Volkswirtſchaft ehrenhalber ernannt.

Vorträge, Vereine und Verſammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geſchäftsſtelle: Berlin S. 14, Sobottanſtr. 37/38, 2. Etz. Sämtliche Kameraden, deren Zeit es erlaubt, beteiligen ſich an der Leiſtenfeier für den Kameraden August Schmidt, Reichsbanner-Mitglied, heute nachmittags 5 Uhr, Krematorium Gerichtsſtraße. — Heſſenklub, Freitag, den 5. abends 8 Uhr, Spiel- und Turnabend, Südbühne. Einweihung eines Weibzimmers. —

Reuhenagen-Sportverein-Vorſitzende. Sonnabend, 6. Februar, abends 8 Uhr, Sättungsfeier, Saal Holzer, Reuhenagen. Konzert, Forträge Berliner Suborbi- täre und Poſt.

Sozialwiſſenſchaftliche Vereinigung. Sonnabend, 6. Februar, 7 1/2 Uhr, im Großhändl. Vereinshaus, Alexandrinerſtr. 44, Vortrag: „Rückſicht als wirt- ſchaftliches Problem“. Referent: Geſchle- ten Alexander Stein.

Reichsbanner der Kriegsbeschädigten, Bezirk Zentrum. Sonnabend, 6. Fe- bruar, Groſtes Wiener Roſenball in den Roſenſäulen, Kaiſer-Wilhelm- ſtraße. Chama Roman, 8. Februar, Roſenball, Roſenſäulen, Kaiſer-Wilhelm- ſtraße, 11-12.

Deutſche Operanten-Bund, Orchestergruppe Berlin. Freitag, 5. Februar, 8 Uhr, Konzert im Groſten Saal, Opernhaus, 1. und 2. Abt. —

Kreis-Vereinigung von Sternfreunden. Sonnabend, 6. Februar, 8 Uhr, bei Freund, Holſenſtr. 27a, 1. Etz., Vortrag des Vorſitzenden: „Der Stern und ſeine Ausdehnung, beſonders in der Sternkunde“.

Berein der Arbeiter für Neuereſtaltung, e. V. Sonntag, 7. Februar, 10 Uhr, Mittelvereinſammlung im Hotel in Friedrichſtraße für die Dia- ſeidenabende, Reuhenagen, Sportverein, Mi-ſſionsverein, Eintracht und Vogelſchutz. — 20. Verwaltungsbereich: Zuſammenkunft und Abſchiedsfeier des Betriebsausſchusses aus dem Saal des Ammanns Reichs, 5. Februar, 7 Uhr bei Dörmel, „Aus ſchwarzen Leder“, Berliner Straße.

Der Bund der Deutſchen aus der Hochſchulwiſſenſchaftlichen Republik, e. V., 54 Leipziger, beabſichtigt in Berlin und umliegenden Städten und Dörfern Drei- ergruppen zu gründen. Abreiſen an die Bundesleitung in Leipzig-Pl., Parkſtra- ße 18, part.

Den unſerer heutigen Voſtaufgabe beſtehenden Proſpekt der Lotterie-Einnahme Litzmann empfehlen wir der beſonderen Auf- merksamkeit unſerer Leſer. Lotterie-Gewinne ſind beſtauntlich von der Einkommensteuer befreit.

Verantwortlich für Poſt: Carl Reuter; Verſand: Kurt Götter; Gemeinſchaftsbewegung: J. Götter; Kreisleitung: Dr. John Schilgen; Poſt- und Sonſtiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Gode; ſämtlich in Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Norddeutscher-Verlag und Verlagsanſtalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenſtraße 3.

WOLFF

2. Weiße Woche

H. JOSEPH & Co

NEUKÖLN · BERLINER STR. 51-55

Riesennengen Weißer Waren			
In gediegenen Qualitäten zu fabelhaft billigen Preisen!			
Einige Beispiele:			
Hemdentuch (ein- u. mittel- fädig, 80 cm breit)	48 Pl.	Louisianatuch für Bettwäsche, 150 cm breit	145 Mr. 1.85
Louisianatuch für Bettwäsche, 80 cm breit	68 Pl.	Louisiana-Bettbezüge 130/200	650 7.25
Louisiana-Bettbezüge 120/200	475	Dimiti-Bettbezüge gute Qualität, 150/200	975
Bettlaken aus kräftigem Haus- tuch, 140/200	390	Barchent-Laken gestreift, weiße, mittlere Qualität, 140/190	275
Staubhandtücher weiß Drell, 46/100	65 Pl.	Frotteierhandtücher glattweiß und mit farbiger Kan'te, von 65 Pl. bis	225
Rolltücher grauweiß gestreift mit roter Kan'te	165	Tischtücher halbbelien, Jacquard, vorzügliche Qualität 180/280 180/220 130/165 120/130 115/113 9.75 6.90 4.75 3.75	290
Taghemd Träger mit Stücker- garnierung	175	Nachthemd halbwoll mit Stücker 3.40, farbiger Hemd-	295
Garnitur Hemd und Bekleid., mit reicher Stücker	490	Hemdhoſe Trägerform u. Stücker- Motiv und Stücker-Ansatz	295
Untertaille Jumperform, mit halbbelien Stücker	95 Pl.	Untertaille Jumperform mit Val- spitzen, Ein- und Ansatz	120 1.80
Prinzebrock Trägerform, mit reicher Stücker oder Val-Spitzen . .	425	Herren-Taghemd aus gut. Hemdentuch mit Säumen 3.25	425
Ein Posten weiße u. farbige Voile-Kleider 590			
teilweise mit echtem Filat 19.75, 14.75, 9.75			
Kleid aus gutem Zellwoll, mit Paſpel und Koſtphengarnierung . . .	295	Kasack aus Schweizer Voll-Voile mit langen Ärmeln	495
Helvetiaſeide weiß und farbig 84 cm breit	360	Masken-Atlas großes Sortiment, 60 cm breit	240
Scheibenschleier Elamina, Erſtall, engl. Teil	75 Pl.	Bettdecken über 2 Betten, Filat, antike Hand- arbeit . . . Serie I 19.50, Serie II	1450
Halbstores teilweise Handarbeit Serie I 6.90, Serie II 4.90, Serie III	390	Bettdecken Elamina, über 2 Betten, reich verarbeitet Serie I 14.50, Serie II 9.50, Serie III	690

Im Lichtloch auf Extra-Tischen:
Angestaubte Gardinen, Stores, Bettdecken sowie Reste und Restbestände
weit unter Herſtellungspreis.

Bähr-Stiefel

(früher Bärenstiefel)

halbbarster
Qualitätsstiefel
für
Straße und Sport
nur bei
H. Bähr, Spittel-
markt 7

Ischias

KATZEN, PAPAGEIEN und alle
HAUSTIERE werden behandelt.

HUNDE

Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neuen Kriegervereinshaus,
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Krause-
Pianos
zur
Miete

Ansbacher Str. 1,
1. u. 2. Etz.

Erweiterung
der
Photoapparate, Feldstecher

kaufen sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 95

Eröffnungsanzeige.

Den werten Gästen zur Kenntnis, daß
ich das altbekannte Lokal
„Zur Mollé“

Frankfurter Allee 290, Ecke Voigtstraße,
übernommen habe. Mein Bestreben wird
sein, durch gutes Essen, Getränke u. Musik
nach wie vor die Gäste zufriedenzustellen.
Um weiteren regen Zuspruch bittet
G. Nelson.

Gewerkschaftsbewegung

Schiedspruch für die Bauhölzereien.

Der Schutzverband Berliner Schlossereien hatte bekanntlich das bestehende Lohnabkommen für die Bau-, Gefäß- und Möbelfabrikation zum 7. Februar gekündigt...

Auf Vermittlung des Gewerberats Körner fanden am Mittwoch neue Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt.

Eine überfüllte Versammlung der Bau-, Gefäß- und Möbelfabrikanten, in der auch vom Metallarbeiterverband berichtet, nahm am Donnerstag zu dem Schlichtungsausschuß Stellung.

Ein Streit gegen Lohnabbau.

Die bei vielen Berliner Metallarbeitern bekannte Stempelfabrik Heinrich Thiele u. Co., Pringensstraße, will anscheinend in dem Wettlauf der Unternehmer, die Wirtschaftskrise durch Lohnabbau zu beheben, nicht die letzte sein.

erwartet von allen Graveuren, Mechanikern und Maschinenarbeitern, daß sie diesen Betrieb melden und dort nicht in Arbeit treten werden.

Die arbeitslosen Buchdrucker sind keine Lohndrücker.

Der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer hatte seine arbeitslosen Mitglieder zum Mittwoch, nachmittags 1 Uhr, in den großen Saal des Gewerkschaftshauses geladen...

Die am 3. Februar im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagende Versammlung der Arbeitslosen im Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer nimmt Kenntnis von der begonnenen Offensive der Prinzipale auf Lohnabbau bei den Buchdruckern.

Weiter wendet sich die Arbeitslosenversammlung mit aller Entschiedenheit gegen jede Fürstenabfindung. Es muß Aufgabe der Reichsregierung sein, den Verarmten der Armen, den Arbeitslosen, die nötigen Subsistenzmittel zu verschaffen...

Drei weitere, aus den Reihen der Arbeitslosen gestellte Anträge fanden ebenfalls fast einstimmige Annahme und betrafen innere Organisationsangelegenheiten.

Generalversammlung der Friseure.

Der Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes, Zweigverein Berlin, hielt am 3. Februar seine Jahresversammlung in Havertands Festsaal ab.

feisieren haben einen guten Aufschwung genommen. Arbeitslos sind gegenwärtig 275 männliche und 45 weibliche Gehilfen, von denen die meisten - 170 bzw. 18 - unorganisiert sind.

In dem von Rogge erstatteten Kassenbericht, der in Einnahmen und Ausgaben mit 7987,59 M. balanciert, wurde die Notwendigkeit regelmäßiger und pünktlicher Beitragsleistung betont.

In der kurzen Diskussion wurde beklagt, daß die tarifliche Mittagspause vielfach nicht eingehalten wird und eine lebhafte Agitation empfohlen.

Zu alt!

Im technischen Bureau der Bergmann-Elektrizitätswerke wird abgebaut. Ein 66 Jahre alter Zeichner, der seit 1911 bei der Firma in Arbeit stand, fällt dem Abbau zum Opfer.

Der Gerichtsvorsitzende sucht zu vermitteln. Ob es denn nicht angehe, dem Kläger mit Rücksicht auf seine langjährigen, dem Unternehmen geleisteten Dienste im Vergleichsweg eine Entschädigung zuzubilligen.

Das lehnt der Vertreter der Firma grundsätzlich ab. Der Vorsitzende bedauert das und erklärt schließlich, das wirtschaftliche Interesse des Unternehmens sei in diesem Falle ausschlaggebend.

STEINS 95 - Pf. - Tage

Advertisement for Wilhelm Stein department store. Lists various goods like clothing, household items, and toys, all priced at 95 Pf. Includes store address: Chausseest. 70-71, BERLIN N.

Verkauf nur soweit Vorrat! Benutzen Sie zum Einkauf die Vormittagsstunden! Mengenabgabevorbehalten!

Dem Anraten des Vorsitzenden folgend, stellt der Vertreter der Firma die Möglichkeit in Aussicht, sich mit dem Kläger außergerichtlich über eine freiwillige Zuwendung zu verständigen.
 Also: wenn es glückt, bekommt der alte Mann, der seine Arbeitskraft im Dienste eines großen Unternehmens verbraucht hat, vielleicht ein kleines Almosen.

Phantasien über die Arbeitsgemeinschaft.

Bochum, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Bergarbeiterverband teilt mit: Unter dem Titel „Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft im Bergbau“ veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung“ am Mittwoch einen Bericht über eine Besprechung zwischen Unternehmervertretern und Vertretern der Gewerkschaften. Dieser Bericht ist irreführend und entspricht nicht den Tatsachen. Die Besprechung erfolgte auf Einladung der Unternehmer. Einleitend wurde von Generaldirektor Bögl auf die schwierige Wirtschaftslage hingewiesen. Die Unternehmer hielten es für zweckmäßig, mit den Vertretern der Gewerkschaften über diese Fragen, die doch beide Seiten berührten, eine Aussprache herbeizuführen.

Über die Wiederaufrichtung einer Arbeitsgemeinschaft ist in dieser Besprechung mit keinem Wort die Rede gewesen. Fragen, wie Lohn, Arbeitszeit usw., über die ohne weiteres gegenseitige Auffassungen vorhanden sind, wurden bei der Besprechung ebenfalls nicht berührt. Es hat lediglich eine ganz unerbittliche Aussprache über allgemeine wirtschaftliche Fragen, wie Steuer-, Handels- und Zollpolitik, stattgefunden. Eine Verständigung erfolgte dahin, daß über allgemeine wirtschaftliche Fragen, bei denen ein gemeinsames Vorgehen möglich ist, in Berlin zwischen den Spitzenverbänden der Unternehmer und der Gewerkschaften weiter verhandelt werden soll.

Am ersten Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom Donnerstag wird noch eine Ergänzung des vorstehend erwähnten Berichts veröffentlicht, in der behauptet wird, nicht nur über die Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft im Bergbau sei verhandelt worden, sondern vor allem sollte die Zentralarbeitsgemeinschaft in Berlin wieder ins Leben gerufen werden. Hieron ist ebensomenig wie über die Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft im Bergbau die Rede gewesen.

Tagung der Metallarbeiter-Internationale.

In Prag beginnen heute die Beratungen der Internationalen Föderation der Metallarbeiterverbände. Die Verhandlungen werden die allgemeine Lage der Metallindustrien aller Länder und besonders die tatsächlichen Maßnahmen der Arbeiterorganisationen in der Metallindustrie mit Rücksicht auf die mögliche Bildung eines Europäischen Eisentariells zum Gegenstand haben. Auf Anregung der Metallarbeiter-Internationale wird auch über die Regelung der Beziehungen zwischen den tschechoslowakischen und den deutschen Metallarbeiterverbänden in der Tschechoslowakei bzw. über die Modalitäten ihrer Verbindung im Rahmen einer allgemeinen Regelung der Gewerkschaften in der tschechoslowakischen Republik verhandelt werden.

Die Zeche Hermann hat bei dem Demobilisationskommissar die Entlohnung von 50 Proz. der Belegschaft beantragt. Eine Kommission der Regierung prüft inzwischen die wirtschaftliche Lage der Zeche. Es heißt, daß die Zeche 1 Million Mark an Steuern rückständig sei, die angeblich nicht bezahlt werden können.



Einsegnungs-Anzüge

in vielseitiger Auswahl fertig am Lager zu niedrigsten Preisen

- | | |
|--|--|
| Blauer Cheviot sehr dauerhaft, 2 reihig, Größe 36 ... M. 30.- | Blaues Twill-Kammgarn sehr elegant, 1- u. 2 reihig, Gr. 35 ... M. 65.- |
| Blauer Cheviot bewährte Qualität, 1- u. 2 reihig, Gr. 36, M. 38.- | Blauer Melton-Cheviot in bester Ausführung, 1- und 2 reihig, Gr. 36 ... M. 74.- |
| Marengo-Cheviot kräftige Qualität, 1- und 2 reihig, Gr. 36 ... M. 44.- | Marengo-Melton-Cheviot in solider Verarbeitung, 1- u. 2 reihig, Gr. 36 ... M. 74.- |
| Blauer Melton-Cheviot solides Fabrikat, 1- und 2 reihig, Gr. 36 ... M. 50.- | Schwarzer Melton-Cheviot elegante Smoking-Form, Gr. 36 ... M. 77.- |
| Blauer Kammgarn-Cheviot besonders haltbar, 1- und 2 reihig, Gr. 36 ... M. 50.- | Smoking-Anzug schwarzer Melton-Cheviot mit Seidenpiegel, Gr. 36 ... M. 85.- |
| Blaues Kammgarn sehr tragfähig, 1 reihig, Gr. 36 ... M. 59.- | Farbige Sakko-Anzüge in modernsten Formen und Mustern ... von M. 30.- |

Oberhemden ... 6.75 **5.50**
 Schleifenbinder ... 1.50 **75 Pf.**

Glacéhandschuhe ... 3.00 **3.75**
 Unterwäsche, Kragen, Hüte etc.

Leineweber

Berlin C. Köllnischer Fischmarkt 4-6

WEISSE WOCHEN Wir bringen in dieser Woche weiße Waren aller Art welche z.T. eigens für diesen Week aufgestapelt

Verkauf nur soweit Vorrat

zu enorm billigen Preisen zum Verkauf

Mengenabgabe vorbehalten

Küchen-Handtücher
 Gerstenkorn, mit roter Kante Stück **48 Pf.**

Stuben-Handtücher
 Drillgewebe, ca. 45/100 cm Stück **58 Pf.**

Stuben-Handtücher
 Jacquardmuster, ca. 45/100 cm Stück **95 Pf.**

Wäschestoffe

Hemdentuch ca. 80 cm breit, Meter 58, 65 Pf.	Dowlas Lakenbreite ... Meter 175 225
Renforcé ca. 80 cm breit, Meter 78, 85 Pf.	Dimiti Kleiderbreite, Meter 125 145 190 245
Louisianatuch ca. 80 cm breit, Meter 65, 85 Pf.	Damast Kleiderbreite ... Meter 165 210
Louisianatuch ca. 100 cm breit, Meter 145 175	Damast Deckbettbreite, Meter 275 350

Kopfkissen- 115 165
 bezüge ... Stück

Deckbett- 425 645
 bezüge ... Stück

Garnituren Dimiti 1325
 1 Deckbett, 2 Kissen ... 10,75

Garnituren Damast 1675
 1 Deckbett, 2 Kissen ... 21,50

Bettlaken 395 425
 aus Dowlas ... Stück

Gardinen

Etamin-Halbstores mit Blindesten ... Stück **150 220 350**

Engl. Tüll-Halbstores ... Stück **195 295 395**

Etamin-Garnituren 3teilig ... Garnitur **350 490 750**

Engl. Tüll-Garnitur 3teilig ... Garnitur **350 575 730**

Etamin-Bettdecken 2teilig ... **575 850 1250**

Bettdecken 2teilig ... **850 1275 1575**

Bettdecken 390 650 975
 1 teilig ...

Gardinenmüll 125
 Doppeltbreit ... Meter

Damen-Wäsche

Trägerhemden aus gutem Hemdentuch, mit Stick, 1,95, 1,35	Hüthalter in verschiedenen Ausführungen 95 145 195	Prinzessröcke Jumperform, aus gutem Wäschestoff, weiches Stück, 3,25, 2,95
Nachthemden gutes Hemdentuch, m. Hohe 245 295 350	Schlüpfer aus kunstseidenem Trikot 2,45	Unterkleider aus kunstseidenem Trikot 3,75
Nachtjaken aus starktüll. Hemdentuch, in versch. Ausführungen 3,75, 2,95	Hemdosen aus kunstseid. Trikot, moderne Windeform 3,45	Hemdosen aus kunstseid. Trikot, moderne Windeform 3,45
Hemdhosen Windelform, aus gut. Wäschestoff, m. schön. Stickereigarn, 2,75, 2,35	Taghemden für Knaben, aus kräft. Wäschestoff, mit Matrosenauschn., 40lg. Jede weitere Größe 20 Pf. mehr 95 Pf.	Strickjäckchen 45 Strickstücke u. 75 Pf. Strickböden, St.

Damen-Bekleidung

Voileblusen weiss, Hemd- und Jumperblusen, in allen Größen **290 325 475**

Voileblusen weiss, mit Fuchs und Stämmchen, Jumper und Kasak .. **625 775 890**

Panamablusen weiss, Hemdform, solide Qualität, in allen Größen ... **475**

Voilekleider weiss, in viel. Ausführungen, aus prima Voile, in allen Größen ... **490 975 1250**

Voilekleider weiss, aus Vollvoilestoffen, in den neuesten Ausführungen, auch für starke Damen **1650 1975**

Mädchen-Hemden mit voller Achsel und Stickereigarn, 40lang **75 Pf.**
 Jede weitere Größe 10 Pf. mehr

Mädchen-Hemdosen m. Träg. Windelf., m. schön. Stickereigarn, 50lg **195**
 Jede weitere Größe 25 Pf. mehr

Stickereien

Trägerstickereien in schönen Mustern **25 Pf.**

Wäschestickereien in schön. Mustern, ca. 5 cm br., St. ca. 4/1. Mtr. **95 Pf.**

Unterrockstickereien ca. 18 cm breit **55 Pf.**

Herren-Wäsche

Oberhemd Pikee, ungewaschen, ohne Manschetten ... 375	Taghemd mit Falten, guter Wäschestoff ... 280
Oberhemd Pikee, ungewaschen, mit best. od. Klappmanschetten 450	Nachthemd mit farbigem Besatz und Tasche ... 450
Badehandtücher aus gutem Frotteestoff ... 85 125 145	Kinder-Laken aus gutem Frotteestoff 225 295 350

Kinder-Kleider 275
 weiss, aus Vollvoile, Gr. 45
 Jede weitere Größe 60 Pf. mehr

Kinder-Kleider 395 475 575
 weiss und farbige Voilestoffe, in vielen Ausführ., Gr. 45-55

Weisswaren

Schalikragen aus Rippe ... **58 Pf.**

Morgenhaube Batist mit Valencienspitze **65 Pf.**

Moderne Weste aus Opal ... **95 Pf.**

HERMANN TIETZ FRANKFURTER ALLEE